

Freiburg, den 03.11.2008

Liebe Peru-Interessierte,

hiermit schicken wir Ihnen unseren 30. Infostellen-Bericht zur aktuellen Situation in Peru.

Für mehr Informationen zum Thema wenden Sie sich bitte an Elena Muguruza, Muguruza.Esche@t-online.de; Fax: 07150 - 3 5748; Tel: 07150 - 3 5753.

Mit freundlichen Grüßen,

Elena Muguruza und Michael Schrick

### **30. INFOSTELLEN-BERICHT ZUR AKTUELLEN SITUATION IN PERU Korruptionsvorwürfe vertiefen die Krise der Regierung García**

Ein Korruptionsskandal um mutmaßliche Bestechungsgelder im Zusammenhang mit Erdölkonzessionen für ein norwegisches Erdölunternehmen war der Auslöser für die bisher schwerste Kabinettskrise der Regierung Alan García. In einer Fernsehsendung am 5. Oktober 2008 hörte man in Peru eine Tonaufnahme, die die Korruption nachweisen sollte. Alberto Quimper, Vizepräsident von Perúpetro, staatliches Erdöl- und Erdgasunternehmen Perus, und Rómulo León, Minister während der ersten Präsidentschaft von Alan García (1985 - 1990) und immer noch wichtiger Politiker der Regierungspartei APRA, verhandelten dabei über mögliche Vorteile zugunsten des norwegischen Erdölunternehmens „Discover Petroleum“ bei der Zuordnung von Erdölkonzessionen von Seiten des Staates. Alberto Quimper und Rómulo León hätten viele Tausende von Dollar als „Gegenleistung“ erhalten. Gleich nach der Ausstrahlung der Tonaufnahme trat der zuständige Minister für Bergbau und Energie, Juan Valdivia, zurück, wenige Tage später kündigte Premierminister Jorge del Castillo seinen Rücktritt und den des gesamten Kabinetts an. Nicht klar wurde, ob auch del Castillo in den Korruptionsfall verwickelt war. Man zweifelte sogar an der Rolle des Präsidenten García.

Die Bekanntmachung der Tonaufnahme verursachte auch, dass die Vergabe der Konzessionen an „Discover Petroleum“ untergesagt wurde.

Was ebenfalls für große Irritationen sorgte, war die Unwissenheit über die Herkunft des Audios. Immer noch wird in Peru die illegale Abhörung als Druckmittel benutzt. Es gibt viele Hinweise dafür, dass Unternehmen und staatliche Behörden zu solchen Mitteln greifen.

Dieser Korruptionsvorwurf ist nur die Spitze des Eisbergs von vielen Korruptionsvorwürfen an die von Präsident García eingesetzte Regierung. Die bekanntesten Korruptionsvorwürfe stehen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der von dem Erdbeben in Jahr 2007 betroffenen Regionen und mit dem Bau und der Ausstattung von staatlichen Krankenhäusern. Alle diese Korruptionsvorwürfe warten auf Aufklärung.

Der Korruptionsskandal wegen der Erdölkonzessionen war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die peruanische Regierung zeigt sich absolut unfähig, die zahlreichen Probleme und Konflikte des Landes zu lösen. In Gegenteil: das Verhalten von García und anderen Regierungsmitgliedern trug zur Eskalation der Probleme bei. Die Krise ist so schwer, dass man sogar von einer Krise des peruanischen Staates spricht. Es werden keine Alternativen für die Forderungen der Bevölkerung vorgeschlagen. Alle politischen Parteien erwiesen sich als unfähig.

#### **Ernennung eines neuen Premierministers**

Nach dem Rücktritt von del Castillo und seinem Kabinett sorgt Präsident García mit der Ernennung von Yehude Simon als neuem Premierminister für eine große Überraschung in der peruanischen Politik. Der linksliberale Yehude Simon war ein Politiker der Opposition mit hohem Ansehen. Er war bisher Präsident der Regionalregierung in Lambayeque im Norden Perus und baute sich wegen seiner guten Regierungsführung in dieser Region einen guten Ruf auf.

Noch Anfang der 90er Jahre war Simon als Linksradikaler bezeichnet worden. 1991 gründete er das „Movimiento Patria Libre“, das verdächtigt wurde, in der Zeit des internen Krieges Verbindungen zur Untergrundorganisation „Movimiento Revolucionario Tupac Amaru“ (MRTA) zu unterhalten. 1992, während der Amtszeit von Präsident Fujimori, wurde Simon in einem offensichtlich unrechtmäßigen Prozess zu 20 Jahren Gefängnis wegen „Rechtfertigung des Terrorismus“ verurteilt. Nach achteinhalb Jahren wurde durch die Begnadigung durch den damaligen Präsident Valentin Paniagua freigelassen.

Mit Simon als Premier hofft García einen Ausweg aus der Krise zu finden und seinen schlechten Ruf als neoliberal und autoritär zu retten. Das Ansehen von García war im Keller. Schon vor dem Korruptionsskandal hatte der Präsident nur noch die Unterstützung von 19 Prozent der Bevölkerung. Ob das neue Kabinett daran viel ändern kann, weiß man nicht. Zehn von 17 Kabinettsmitgliedern gehörten bereits dem alten Kabinett an.

Nach Ansicht der sozialen Bewegungen sollen die volle Einhaltung der Menschenrechte, der Schutz der Umwelt und die Armutsbekämpfung die Basis seiner Politik darstellen. Ob das als brüchig angesehene Kabinett, in dem ExponentInnen der unterschiedlichsten Interessen vertreten sind, diese Ziele umsetzen kann, muss abgewartet werden.

Unternehmerverbände reagierten positiv auf die Ernennung von Simon, so wie andere Präsidenten der regionalen Regierungen Perus. Sie erhoffen sich, dass durch Simon der Dezentralisierungsprozess gefördert wird, da er selbst Präsident einer Regionalregierung war. Nur die Fujimori-Anhänger kritisieren ihn, da sie ihn als Konkurrenz in der Einflussnahme auf Alan García sehen.

Der neue Premierminister Simon sieht sich mit einer Reihe von Konflikten konfrontiert.

### **Die Regierungspartei APRA und ihre Verbindung zu den Fujimori-Anhängern**

Seit seiner Amtsübernahme hat sich Alan García nicht von den Anhängern des früheren Präsidenten Fujimori (1990 - 2000) abgegrenzt. Der stellvertretende Präsident Giampietri äußerte sich bei offiziellen Anlässen seine Sympathie für den ehemaligen Diktator Fujimori. Bis vor kurzem war Rafael Rey, Opus-Dei-Mann und leitende Person der Fujimori-Gruppierung, Minister der Produktion. Immer wieder treffen die Fujimori-Anhänger und die APRA Vereinbarungen. So wurde mit Unterstützung der APRA der Abgeordnete und Fujimori-Anhänger Alejandro Aguinaga Vizepräsident des peruanischen Parlaments. Fujimori bekam im Gefängnis viele Vergünstigungen. Niemand konnte oder wollte den Grund dafür erklären.

Diese Beziehungen zu den Fujimori-Anhängern werden deutlich in der Verschleppung des Kampfes gegen Korruption und Straflosigkeit. Vor wenigen Tagen hat ein APRA-Abgeordneter dem Parlament ein Gesetzentwurf vorgestellt, in dem die für Menschenrechtsverletzungen in der Zeit des internen Krieges verantwortlichen Militärs und Polizisten eine Generalamnestie bekommen. Wenn sie das auch nicht erreichen, sprechen sie von der Möglichkeit einer Begnadigung. Von dieser Regelung hätte vor allem Fujimori, aber auch der ebenfalls in Menschenrechtsverletzungen während des internen Krieges 1980 - 2000 verstrickte García einen Vorteil.

### **Die Bedrohung durch die Drogenhändler und „Leuchtenden Pfad“ in den Regenwaldregionen**

Drogenhändler agieren gemeinsam mit den Resten des „Leuchtenden Pfads“ im südlichen Regenwaldgebiet Perus. Dabei geht es ausschließlich um die Ermöglichung des Drogenhandels. Das peruanische Militär hat Ende August 2008 eine Offensive gegen diese kriminellen Gruppen begonnen, die mehrere Wochen andauern sollte. Im September haben Angehörige der Verschwundenen dieser Regionen Anklage wegen des Verschwindenlassens von elf unschuldigen Personen erhoben. Nach ihrer Auffassung haben die Militärs diese Leute umgebracht, weil sie sie mit Terroristen verwechselt hätten. Eine andere Folge dieser Angriffe ist die Flucht vieler Menschen aus ihren Dörfern in andere Städte.

Am 9. Oktober 2008 wurden bei einem Angriff des „Leuchtender Pfads“ in dem Urwaldgebiet von Huancavelica 16 Soldaten und zwei Zivilisten getötet. Eine Woche später starben weitere zwei Soldaten in dem Urwaldgebiet von Ayacucho durch erneute Angriffe des „Leuchtender Pfads“.

### **Die Wirtschaftspolitik von Alan García**

Die peruanische Regierung verfolgt weiterhin eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die seit Fujimori in Peru angewendet wird. Der Wirtschaftsminister Luis Valdivieso ist ein ehemaliger Beamter des Internationalen Währungsfonds (IWF). Um die Inflation zu bekämpfen - die auch Gründe in der internationalen Wirtschaftskrise hat - schlägt er beispielsweise vor, die Ausgaben und Investitionen des Staates zu reduzieren. In der Tat wird die Wirtschaftspolitik von den rechten neoliberalen Eliten Perus bestimmt, obwohl sich die Bevölkerung Perus in den letzten Wahlen klar gegen diese Politik geäußert hat. Die Wirtschaftspolitik richtet sich nach den Interessen der großen Unternehmer, während die Bevölkerung auf die Brotkrumen dieses Reichtums warten soll - allerdings umsonst. Die Wirtschaftspolitik verursacht eine große Unzufriedenheit der Hälfte der peruanischen Bevölkerung, die in Armut lebt, auch deshalb, weil der Reichtum der Eliten zunimmt.

## Soziale Konflikte

Zwischen August 2007 und August 2008, unter der Regierung von García, haben sich die sozialen Konflikte mehr als verdoppelt. Das Ombudsmann-Büro berichtet von 76 sozialen Konflikten im August 2007 und 161 im August 2008. Die sozialen Konflikte entstehen, wenn die Betroffenen ihre Rechte durch staatliches Handeln oder wegen der großen Unternehmen nicht ausüben können. Die sozialen Konflikte stehen im Zusammenhang mit dem Abbau von Rohstoffen, Umwelt, Benutzung des Wassers, guter Regierungsführung, etc.

In den letzten Tagen gingen die Proteste vor allem in Moquegua, Tacna, Cajamarca und Madre de Dios weiter. Manche Gruppierungen wenden Gewalt an, was vom Zusammenschluss der Menschenrechtsorganisationen (CNDDHH) abgelehnt wird. Der CNDDHH fordert die Regierung auf, realistische Lösungsvorschläge zu unterbreiten und sich nicht auf repressive Maßnahmen zu beschränken.

## Streik der ÄrztInnen

Der am 15. September angefangene Streik der ÄrztInnen des staatlichen Gesundheitssystems dauerte 38 Tage. Erst mit dem neuen Gesundheitsminister Óscar Ugarte gab es Lösungsaussichten. Die ÄrztInnen unterbrachen für wenige Tage, um mit dem neuen Minister zu verhandeln. Doch der lange Streik diskreditierte des vorherigen Minister Garrido Lecca und Alan García. Außerdem gibt es Korruptionsvorwürfe gegen Garrido Lecca.

## Indigene Organisationen kippen zwei Legislativdekrete von Alan García

Im August 2008 mussten Alan García und seine APRA-Partei einen großen Rückschlag im Parlament hinnehmen. Das peruanische Parlament erklärte die Legislativdekrete 1015 und 1073 für ungültig, durch die der Verkauf von Gemeindeland der indigene Dorfgemeinschaften der Anden und des Urwalds erleichtert werden sollte. Bei den beiden Dekreten geht es um die Förderung des Landverkaufs an Holz-, Öl- und Bergbauinvestoren, um "Fortschritt und Modernität" in den Anden und in das Amazonasgebiet Perus zu bringen (und die Profite der vor allem ausländischen Investoren zu mehren). Über diese zwei Legislativdekrete haben wir im 28. und 29. Infostellen-Bericht zur aktuellen Situation in Peru ausführlich informiert.

Elf Tage lang haben Tausende Ureinwohner des Amazonasgebiets mit großen Demonstrationen und Straßensperrungen gegen die beiden Legislativdekrete von Alan García protestiert. "Die Interethnischen Entwicklungsvereinigung des peruanischen Urwaldes" (AIDSESEP), in der 1.300 indigene Dorfgemeinschaften des Urwalds zusammengeschlossen sind, koordinierte diese Proteste. Die Annullierung der Legislativdekrete war für Alejandro Pizango, den Präsidenten des AIDSESEP, ein wichtiger Schritt in der Verteidigung der Menschenrechte der Indigenen in Peru.

## Der Kampf um die Verteidigung der Rechte der indigenen Bevölkerung geht weiter

Trotz des oben genannten Erfolgs beeinträchtigen noch viele Legislativdekrete die Rechte der peruanischen indigenen Bevölkerung. Ziel der 99 von der von Präsident García eingesetzten Regierung del Castillo erlassenen Legislativdekrete ist, den gesetzlichen Rahmen Perus dem Freihandelsabkommen mit den USA anzupassen. Bei 26 geht es um Landwirtschaftspolitik, bei 23 um die Umweltpolitik. Viele davon bilden eine Gefährdung für die Umwelt, insbesondere für die Wälder des Amazonasgebiets. Viele sind verfassungswidrig. Neun Legislativdekrete beeinträchtigen direkt die Rechte der indigenen Dorfgemeinschaften der Anden und des Urwalds.

Seit drei Monaten protestiert die betroffene Bevölkerung ununterbrochen gegen diese Legislativdekrete. Die indigenen Dorfgemeinschaften der Anden und des Regenwalds wehren sich gegen die dadurch vorgesehene weitergehende Erschließung ihren Territorien durch Holzfäller sowie Erdöl- und Bergbaufirmen. Nach AIDSESEP sind bereits über 70 Prozent des Amazonasgebiets in Konzessionsblöcke für Öl und Erdgas aufgeteilt. Ähnlich sieht es bei den Minenkonzessionen in den Anden aus. Indigene und Naturschutzgebiete sind davon betroffen. Durch den Rohstoffabbau werden die Lebensgrundlagen vieler indigener Dorfgemeinschaften im peruanischen Amazonasgebiet und in den Anden stark gefährdet, ja teilweise zerstört.

In diesem Zusammenhang stellen die Legislativdekrete 1064 und 1090 eine extreme Bedrohung für die Rechte der indigene Dorfgemeinschaften der Anden und des Regenwalds sowie eine Gefährdung der Umwelt dar. Das Legislativdekret 1064 billigt die Rechtslage für die Verwendung von Land zur landwirtschaftlichen Nutzung und das Legislativdekret 1090 ist das neue Gesetz für Forst und Wildfauna. Beide waren nicht mit den Betroffenen abgesprochen, wie es in der herrschenden Rechtslage Perus vorgeschrieben ist. Sogar die zuständige Behörde der USA verlangt die Überarbeitung des Legislativdekrets

1090, welches eine Bedrohung für die Wälder des Urwalds darstelle. Die Proteste gegen die Legislativdekrete gehen weiter.

Für Präsident García sind die Legislativdekrete ein „Versuch, Peru strukturell zu verbessern“. „Es geht doch darum“, sagt er, „die peruanischen Anden und den Urwald in die Modernität zu führen und reale Bedingungen für reale Investitionen zu schaffen“. Dass mit vielen seiner Maßnahmen die Lebensgrundlagen der Bevölkerung in den Anden und im Regenwald zerstört werden, sagt er nicht. Wahrscheinlich spielt es in seinem Denken auch keine Rolle.

### **Forderungen an den neuen Premierminister bzw. die Regierung García**

Eine der ersten Handlungen war die Bitte an die Bevölkerung und sozialen Bewegungen um eine „Schonzeit“. Bislang hat Yehude Simon keine Versprechungen an die Bevölkerung gemacht und ist auf ihre Forderungen nicht eingegangen.

Zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Peru werden von den sozialen Bewegungen des Landes folgende Forderungen erhoben:

- Klare Abgrenzung zu den Fujimori-Anhängern, um den Kampf gegen die Korruption und die Straflosigkeit zu sichern;
- Kampf gegen die Korruption und die Straflosigkeit als Meilensteine der Arbeit der peruanischen Regierung, Klärung aller Korruptionsvorwürfe (dazu gehört auch die Aufklärung der illegalen Telefonabhörungen);
- Durchsetzung einer integrale Politik zur Bekämpfung von Drogenhandel und Terrorismus in den betroffenen Gebieten, volle Einhaltung der Menschenrechte der indigenen Bevölkerung;
- Entwicklung von Ansätzen zur Lösung der eskalierenden sozialen Konflikte bei stärkerer Berücksichtigung der Rechte auf Mitbestimmung und Umweltschutz;
- Veränderung der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der sozialen Integration und der besseren Verteilung des Reichtums (dazu gehört die Erhöhung der Löhne und Gesetzentwürfe für ein Grundeinkommen für die ärmste Bevölkerung), Abschaffung der Steuervorteile für Großkonzerne und Rohstoffunternehmen;
- Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission, Gewährung der notwendigen Unterstützung für die individuelle und kollektive Entschädigung, Bestrafung der für Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen Täter, Gewährleistung des Schutzes von MenschenrechtlerInnen und UmweltaktivistInnen, Wiederaufnahme des Zusammenschlusses der Menschenrechtsorganisationen (CNDDHH), der Kommission der Bischofskonferenz für soziale Fragen (CEAS) und des Konzils der Evangelischen Kirchen in Peru (CONEP) in den Nationalen Rat für Menschenrechte sowie Aufhebung derjenigen Legislativdekrete, die Proteste und die soziale Bewegung kriminalisieren, die Rechte der indigene Bevölkerung in Peru beeinträchtigen und die Umwelt gefährden.

Die Krise der Legitimität der politischen Parteien muss überwunden werden. Das gilt auch für die Opposition. Nur dadurch gibt es eine Aussicht auf Lösungen. Wichtiger Bestandteil hierbei ist die Dezentralisierung der politischen Entscheidungen, die Partizipation auf allen Ebenen der politischen Entscheidungsprozesse, die Ausstattung der Gemeinden mit ausreichenden Finanzmitteln und angemessener, auch personeller Infrastruktur, die Einhaltung der Menschenrechte und die vorrangige Berücksichtigung des Umweltschutz für die Umsetzung einer zukunftsfähigen Entwicklung des Landes.

### **QUELLEN:**

Meldungen von der Homepage der AG Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick - Cajamarca ([http://www.staepa-cajamarca.de/ticker\\_uebersicht.php?id=7](http://www.staepa-cajamarca.de/ticker_uebersicht.php?id=7))

Elena Muguruza  
 Informationsstelle Peru e.V.  
 Tel: 07150 - 3 5753  
 Fax: 07150 - 3 5748  
 Muguruza.Esche@t-online.de

Michael Schrick  
 Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick-Cajamarca  
 (<http://staepa-cajamarca.de>)  
 Tel: 01888 - 185 7895  
 mlesna@web.de